

Köhler, Helmut

Unfähig zum Föderalismus? Der Verfall der bundeseinheitlichen Schulstatistik

Zeitschrift für Pädagogik 30 (1984) 3, S. 381-391



Quellenangabe/ Reference:

Köhler, Helmut: Unfähig zum Föderalismus? Der Verfall der bundeseinheitlichen Schulstatistik - In: *Zeitschrift für Pädagogik* 30 (1984) 3, S. 381-391 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-143169 - DOI: 10.25656/01:14316

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-143169>

<https://doi.org/10.25656/01:14316>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Zeitschrift für Pädagogik

Jahrgang 30 – Heft 3 – Juli 1984

I. Thema: Neue Wege der historischen Pädagogik

HANS-JÜRGEN APEL

Die Auslese des Gymnasiallehrenachwuchses in Preußen (1815–1830). Beispiele aus den preußischen Rheinprovinzen zur Rekrutierung und beruflichen Qualifizierung von Gymnasiallehrern 297

JÜRGEN SCHRIEWER

Vergleichend-historische Bildungsforschung: Gesamttableau oder Forschungsansatz. Ein methodenkritischer Kommentar aus Anlaß neuerer Arbeiten 323

MAX LIEDTKE

Das Schulmuseum als geschichtswissenschaftliche und didaktische Aufgabe. Die Museumsvorhaben in Ichenhausen (Landkreis Günzburg) und Nürnberg 343

ERICH H. MÖLLER

Besuch im Schulmuseum. Ein Erfahrungsbericht über das Oberschwäbische Schulmuseum in Friedrichshafen 355

II. Diskussion

HANS EBERWEIN/
KLAUS KÖHLER

Ethnomethodologische Forschungsmethoden in der Sonder- und Sozialpädagogik. Die Notwendigkeit einer interdisziplinären Kulturanalyse für die Integration von Randgruppen 363

HELMUT KÖHLER

Unfähig zum Föderalismus? Der Verfall der bundeseinheitlichen Schulstatistik 381

HELMUT BECKER/WILFRIED
BREYVOGEL/SIBILLE
HÜBNER-FUNK/HORST
SCARBATH

Vernachlässigte Probleme wissenschaftlichen Rezensionstentums. Zur Kritik von CHRISTIAN LÜDERS an vier Projekten der pädagogischen Jugendforschung 393

III. Besprechungen

HANS SCHIEFELE

ECKARD KÖNIG/PETER ZEDLER (Hrsg.): Erziehungswissenschaftliche Forschung: Positionen, Perspektiven, Probleme 401

ELISABETH FLITNER

DAVID H. HARGREAVES: The Challenge for the Comprehensive School. Culture, Curriculum and Community 407

JÜRGEN FRITZ

HEIN RETTER: Spielzeug. Handbuch zur Geschichte und Pädagogik der Spielmittel 410

IV. Dokumentation

Habilitationsschriften und Dissertationen in Pädagogik 1983 413

Pädagogische Neuerscheinungen 437

Hinweise zur äußeren Form der Manuskripte für die „Zeitschrift für Pädagogik“ 439

Der Thementeil „Jugendprobleme“ in Heft 2/84 ist von Walter Hornstein und Klaus Mollenhauer (der aus Versehen ungenannt blieb) zusammengestellt worden

Vorschau auf Heft 4/84

Themenschwerpunkt I: Öffentliche Vorträge von D. Mertens, M. Kozakiewicz (Warschau), I. Ostner und K. Prange zum Thema des Kieler Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft: „Arbeit – Bildung – Arbeitslosigkeit“

Themenschwerpunkt II: Historische Jugendforschung mit Beiträgen von M. Parmentier zum deutschen „Wandervogel“ und D. Peukert zum Protestverhalten von Arbeiterjugendlichen seit dem wilhelminischen Kaiserreich bis zur Ära Adenauer

Diskussionsbeiträge zur Theorie der Erziehungswissenschaft von W. Brezinka und A. Schäfer

Zu den Beiträgen in diesem Heft

HANS-JÜRGEN APEL: *Die Auslese des Gymnasiallehrernachwuchses in Preußen (1815 bis 1830). Beispiele aus den preußischen Rheinprovinzen zur Rekrutierung und beruflichen Qualifizierung von Gymnasiallehrern*

Die Analyse von Ausbildungs- und Prüfungsordnungen spielt eine wichtige Rolle bei der historischen Rekonstruktion der Lehrerbildung in Deutschland. Hierbei wird mehr oder weniger ungeprüft vorausgesetzt, daß derartige Vorschriften im 19. Jahrhundert von verschiedenen Kommissionen in vergleichbarer Weise interpretiert und angewandt wurden. Die Durchführung solcher Prüfungen ist jedoch bisher nicht beschrieben worden. In diesem Aufsatz werden überlieferte Prüfungszeugnisse analysiert, die präzise Auskunft über die Vorgänge der Rekrutierung und die berufliche Qualifizierung von Gymnasiallehrern geben. Dadurch wird ersichtlich, welchen Wert die Prüfer fachwissenschaftlichen Kenntnissen, fachdidaktischer und pädagogischer Reflexion zuerkannten und wie sie den Zusammenhang von Theorie und Praxis innerhalb der Lehrerbildung einstufen. Durch die Auswertung von 26 Prüfungszeugnissen wird eine erste Perspektive auf die Prüfungspraxis zwischen 1815 und 1830 eröffnet. Die Durchführung der Prüfungen erhellt den Abschluß eines die Professionalisierung fördernden Ausbildungsganges und zugleich die Vorstellungen über das Berufswissen der zukünftigen Gymnasiallehrer.

JÜRGEN SCHRIEWER: *Vergleichend-historische Bildungsforschung: Gesamttabelleau oder Forschungsansatz. Ein methodenkritischer Kommentar aus Anlaß neuerer Arbeiten*

Eine zunehmende Zahl von Arbeiten und Symposien belegt das seit einigen Jahren wachsende Interesse an einer Verknüpfung historischer und vergleichender Bildungsforschung. In methodenkritischer Kommentierung einer repräsentativen Neuerscheinung über Hochschulsysteme im sozialen Wandel geht es in diesem Beitrag darum, einige der zentralen methodologischen Probleme und Erfordernisse dieses relativ neuen Forschungsfeldes zu klären. Unter Rückgriff auf zusätzlich eingeführte Beispiele und Fragestellungen wird dabei insbesondere die Komplementarität zwischen der spezifischen Logik der sozialwissenschaftlich-systematischen Vergleichsmethode einerseits und strukturierenden Modellen oder Theorien andererseits hervorgehoben.

MAX LIEDTKE: *Schulmuseum als geschichtswissenschaftliche und didaktische Aufgabe. Die Schulmuseumsvorhaben in Ichenhausen (Landkreis Günzburg) und Nürnberg*

Nach der Skizzierung der bis 1881 zurückreichenden Schulmuseumstradition in Bayern werden die Konzepte des Bayerischen Schulmuseums Ichenhausen und des Schulmuseums der Universität Erlangen-Nürnberg erläutert. Dabei ergeben sich besondere wissenschaftliche und didaktische Probleme; in Ichenhausen bei dem Versuch, die „Schulgeschichte“ im Zusammenhang der Kulturentwicklung wenigstens exemplarisch von der Vorzeit bis in die Gegenwart darzustellen, im Nürnberger Museum mit den Vorhaben, nicht nur mittelfränkische Schulgeschichte und die Geschichte der Sonderschule, der Berufsschule und der Höheren Schulen, sondern auch gesellschaftliche, ökonomische und andere Funktionen von Schule am Beispiel der Situation der Entwicklungsländer vor Augen zu führen.

ERICH H. MÜLLER: *Besuch im Schulmuseum. Ein Erfahrungsbericht über das Oberschwäbische Schulmuseum in Friedrichshafen*

In den letzten Jahren hat es in der Bundesrepublik Deutschland vielerlei Bemühungen gegeben, durch Ausstellungen und vor allem durch die Gründung von Schulmuseen die Geschichte des Erziehungs- und Bildungswesens einer breiteren Öffentlichkeit zu erschließen. Allerdings ist noch wenig darüber bekannt, wie die Einrichtung schulgeschichtlicher Museen zu begründen ist und was sie bewirken sollen. Der Autor versucht, darauf eine Antwort zu geben, wobei er sich auf seine Erfahrungen beim Aufbau und bei der Leitung des 1981 eröffneten Oberschwäbischen Schulmuseums stützt, dessen Konzeption kurz vorgestellt wird. Beschrieben werden die von einem Schulmuseum zu erfüllenden allgemeinen Aufgaben und Ziele; anhand erster Erfahrungen mit Einzelbesuchern und Besuchergruppen, vor allem Schulklassen, werden sie konkretisiert und überprüft. Mit abschließenden Fragen verweist der Bericht auf einige bei der Einrichtung eines Schulmuseums zu treffenden grundlegenden Entscheidungen, die dessen Konzeption und Aufgaben maßgeblich bestimmen.

HANS EBERWEIN/KLAUS KÖHLER: *Ethnomethodologische Forschungsmethoden in der Sonder- und Sozialpädagogik. Die Notwendigkeit einer interdisziplinären Kulturanalyse für die Integration von Randgruppen*

Ausgehend von den begrenzten Erkenntnismöglichkeiten traditioneller sozialwissenschaftlicher Forschungsmethoden, soll die Ethnomethodologie mit einem auch für den Bereich der pädagogischen Arbeit (z. B. mit Behinderten, Obdachlosen oder Ausländern) relevanten Forschungsinventar vorgestellt werden. Eine ethnomethodologische Kulturanalyse nach den Prinzipien des Fremdverstehens und der Methodik der „zweiten Sozialisation“ des Forschers im Hinblick auf die untersuchte (Sub-)Kultur bietet die Möglichkeit, fremde Sinnentwürfe und Realitätskonstruktionen zu erfassen. Kern des Gedankengangs ist deshalb das Verstehen gesellschaftlich ausgegrenzter oder von Ausgrenzung bedrohter Randgruppen als der bürgerlichen Kultur „fremde Kulturen“. Nach einer ausführlichen Darstellung ethnomethodologischer Forschungsmethoden werden anhand für ein projektiertes Forschungsvorhaben Bedeutung und Notwendigkeit einer interdisziplinären Kulturanalyse für die Veränderung von Lern- und Integrationsprozessen dieser Gruppen aufgezeigt.

HELMUT KÖHLER: *Unfähig zum Föderalismus? Der Verfall der bundeseinheitlichen Schulstatistik*

Das Erscheinen der Berichtshefte des Statistischen Bundesamtes für das Schuljahr 1982/83 wurde zum Anlaß für eine kritische Überprüfung der Entwicklung der Schulstatistik auf Bundesebene genommen. Der Mangel an koordinierten Bemühungen zur Erhaltung und Weiterentwicklung der statistischen Programme ist angesichts der Bedeutung solcher quantitativer Informationen für Politik und Verwaltung kaum verständlich. Dies wird an ausgewählten Beispielen deutlich gemacht, die auch erkennen lassen, daß es in den einzelnen Bundesländern durchaus Ansätze zur Anpassung der Programme an neue Fragestellungen gibt.

Contents and Abstracts

Topic: New Approaches to the Study of the History of Education

HANS-JÜRGEN APEL: *Processes of Recruitment and Professional Training of Prussian Grammar-School Teachers (1815–1830)* 297

The analysis of syllabi and examination regulations plays an important role in the historical reconstruction of teacher training. As a rule, it is more or less taken for granted that such regulations were interpreted and applied in a comparable manner by various boards. However, little is known about how such examinations were conducted. In this article examination certificates provide precise access to the processes of recruitment and professional education of grammar-school teachers. This approach reveals what emphasis the examiners accorded to proficiency in the subject taught as well as to the teaching methodology, and also how the relationship between theory and practice was rated in teacher training. The evaluation of 26 examination certificates affords, for the first time, a glimpse of the examination practice between 1815 and 1830. The way in which examinations were conducted casts light both on the final test concluding the study program and on conceptions of what a prospective grammar-school teacher was supposed to know.

JÜRGEN SCHRIEWER: *Comparative Social History of Educational Systems. A Methodological Commentary* 323

Since FRITZ RINGER'S work on "Education and Society in Modern Europe" the comparative social history of educational systems emerges as a relatively new branch of study which meets growing interest. In discussing a recent contribution to this field the article seeks to elucidate some of its essential methodological problems. Special emphasis is laid on the correspondence between, on the one hand, the specific logic of comparative inquiry and, on the other hand, the necessity of theoretical frameworks or structuring models.

MAX LIEDTKE: *The School Museum as a Project of Both the Science of History and Didactics. The Conceptions of the School Museums at Ichenhausen (district of Günzburg) and at Nuremberg* 343

Having given an outline of the Bavarian tradition of school museums, which dates back to 1881, the author goes on to describe the conceptions of both the Bavarian School Museum Ichenhausen and the school museum of the University of Erlangen-Nuremberg. Special scientific and didactic problems result from the fact that the school museum at Ichenhausen – albeit in a small selection of exhibits – presents the history of schooling in the context of cultural development from prehistoric times up to the present, whereas among other things the Nuremberg school museum shows the social and economic functions of the school as seen in the situation of underdeveloped countries. The museum at Nuremberg also has an exhibition on the history of Middle Franconian schools, of schools for the handicapped, of vocational schools, and of selective secondary schools (Gymnasium).

ERICH H. MÜLLER: <i>A Visit to the School Museum. A Report on the School Museum of Upper Swabia in Friedrichshafen („Oberschwäbisches Schulmuseum“)</i>	355
-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

The report begins with an encouraging account of recent activities in the field of school history in the Federal Republic of Germany, i. e., exhibitions of historical items and above all the founding of school museums. Very little is known, however, about how the setting up of these school museums is to be justified and about what they are to achieve. The author tries to give an answer to these questions on the basis of the experiences he gained during the setting up and the running of the school museum of Upper Swabia, founded in 1981. He briefly outlines the basic ideas which led to the founding of the museum and gives a description of its functions and objectives, which are then reviewed on the basis of experiences derived from visits by individuals and groups (especially groups of students) to the museum. With a few final questions the author refers to some fundamental decisions that have to be taken when founding a school museum; decisions that greatly determine its conception and its functions.

HANS EBERWEIN/KLAUS KÖHLER: <i>Ethnological Research Methods in Special and Social Education. The Need for an Interdisciplinary Analysis of Culture for the Integration of Marginal Groups</i>	363
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

With the idea that the traditional research methods used in the social sciences have proved insufficient as a starting point, the authors present ethnomethodology as a means of scientific research that is also relevant to the field of educational activities (e.g., with handicapped, homeless, and foreigners). An ethnomethodological analysis of culture according to the principles of understanding others and to the methodology of the “second socialization” allows an understanding of constructions of meaning and of the reality by others. The core argument is that marginal groups which are either already rejected or under the threat of rejection are to be regarded as cultures alien to the bourgeois culture. Having given a detailed description of ethnological research methods the autors show – on the basis of a planned research project – the necessity and the significance of a change in the processes of learning and of integration through an interdisciplinary analysis of culture.

HELMUT KÖHLER: <i>The Decline of Nation-wide Statistics on Schooling in the Federal Republic of Germany</i>	381
-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

The publication of the Federal Statistical Office’s 1982/83 annual reports presents the opportunity to critically survey the development of school statistics on the federal level. The lack of coordinated efforts to maintain and further develop the statistical programs is difficult to understand considering the importance of such quantitative information for politics and research. This is illustrated by selected examples, which at the same time show that there are indeed efforts in the individual states of the federation to change their statistical programs in line with new foci of inquiry.

HELMUT BECKER/WILFRIED BREYVOGEL/SIBILLE HÜBNER-FUNK/HORST SCARBATH: <i>Neglected Problems in Scientific Reviewing. A reply to</i> CHRISTAN LÜDERS	393
--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Book Reviews	401
New Books	437

Man hat behauptet, die Welt werde durch
Zahlen regiert; das aber weiß ich, daß die
Zahlen uns belehren, ob sie gut oder
schlecht regiert werde. GOETHE

HELMUT KÖHLER

Unfähig zum Föderalismus? Der Verfall der bundeseinheitlichen Schulstatistik

1. Statistikverdrossenheit schadet der Forschung

Es ist klar, daß mit Statistiken ein Thema angesprochen wird, das heute keineswegs populär ist: vielen erscheint die Statistik geradezu als der Inbegriff bürokratisch-technischer „Erfassungsprozesse“, die individuelle Vielfalt und differenzierte gesellschaftliche Wirklichkeit in ihr blutleeres Zahlensystem umgießen und auf Verwaltungsvorgänge reduzieren. In diesem Trend der Einschätzung liegt der Widerstand gegen die Volkszählung (wenn auch mit Argumenten der Sicherung des Datenschutzes geführt) ebenso wie die Ernüchterung der Bildungspolitiker über die Wirksamkeit statistischer Beweise für die Begründung ihrer politischen Entscheidungen und den objektivierten Nachweis von Erfolgen.

Viele Pädagogen haben das Eindringen der Ökonomie und Statistik in ihre Provinz seit jeher mit Mißtrauen verfolgt und daran festgehalten, daß sich Entwicklungen im Bildungsbereich einer profanen statistischen Quantifizierung entziehen. Die Lehrer oder Schulleiter schließlich, die auf Anordnung der Kultusverwaltungen Fragebogen ausfüllen müssen, sind ohnehin nicht begeistert über den zusätzlichen Aufwand, der mit ihrer pädagogischen Aufgabe scheinbar nichts zu tun hat, für ihre Arbeit direkt keinen erkennbaren Nutzen stiftet und eher als Teil bürokratischer Kontrolle empfunden wird.

Wer in dieser Situation mit dem Rotstift bei der Statistik ansetzt, kann also zunächst eher mit Zustimmung als mit Protest rechnen und hat zudem noch auf den ersten Blick das Argument der allseits geforderten Sparsamkeit auf seiner Seite. Bevor wir uns im folgenden darüber beklagen, daß die statistische Informationsbasis über das Schulwesen auf Bundesebene immer dürrtiger wird, ist es daher wohl notwendig, kurz zu verdeutlichen, welche Rolle statistische Analysen für die Veränderungen im Bildungswesen gespielt haben und wie relevant sie heute für wichtige aktuelle Problemlagen sein könnten.

Wir erinnern uns, daß der entscheidende Anstoß zu einer aktiven Bildungspolitik Anfang der sechziger Jahre durch statistische Analysen zum relativen Schulbesuch, zum Lehrerbefehl und zur Abiturientenquote ausgegangen war. Sie spielten insbesondere beim Vergleich zwischen den Bundesländern und im internationalen Vergleich eine Rolle. Auch die Diskussion über Bildungschancen von Kindern aus unterschiedlichen sozialen Gruppen, die Frage des Bildungsgefälles zwischen Stadt und Land und die Analyse der geschlechtsspezifischen Benachteiligungen kamen in Gang, als man statistische Analysen zu diesen Sachverhalten zur Verfügung hatte. Gewiß wollen wir nicht die gesamte

Bildungsexpansion der letzten zwei Jahrzehnte der Wirkung der Statistik zuschreiben, aber es ist doch fraglich, ob die Aufmerksamkeit der breiten Öffentlichkeit in derselben Weise auf den Bildungsbereich gelenkt worden wäre und ob die bildungspolitischen Aktivitäten sich ähnlich entfaltet hätten, wenn die statistische Informationsbasis nicht vorhanden gewesen wäre.

Statistisches Material braucht man jedoch nicht nur für die Initiierung bildungspolitischer Entwicklungen, sondern auch für die Analyse ihrer Auswirkungen. So ist es heute von großem Interesse, wie sich die Expansion der weiterführenden Schulen, die Einrichtung neuer Institutionen und die Veränderung der Schülerströme durch das Bildungssystem ausgewirkt haben und welche Probleme z. B. die drastische Verringerung der Jahrgangsstärken infolge des seit 1964 beobachteten Geburtenrückgangs mit sich bringt. Ebenso notwendig sind die Dauerbeobachtung der Beziehung zwischen Bildungssystem und Beschäftigungssystem und die Analyse der Übergänge unter veränderten Arbeitsmarktbedingungen, um so mehr, als Rückwirkungen der Krisensituation am Arbeits- und Ausbildungsmarkt auf das Kalkül für oder gegen bestimmte Bildungsentscheidungen zu erwarten sind.

Schließlich sei noch darauf verwiesen, daß eine der wichtigsten Herausforderungen des bundesdeutschen Schulsystems, die schulische Integration der Kinder ausländischer Mitbürger, ohne zusätzliche quantitative Informationen derzeit nicht in dem erforderlichen Umfang von der Bildungsforschung zu bearbeiten ist. Gerade in diesem Bereich helfen punktuelle Informationen und Erfahrungen besonders wenig für die Einschätzung von Gesamttendenzen. Es gibt also zahlreiche Forschungsfragen, bei denen die amtliche Schulstatistik laufend wichtige Daten für Forschungsarbeiten liefert, jedenfalls zumindest Material bereitstellen kann, das einen generellen Überblick gewährt und damit auf quantitativ und qualitativ bedeutsame und analysebedürftige Entwicklungen hinweist.

2. Der gegenwärtige Zustand der Schulstatistik auf Bundesebene

Zum Jahresende hat das Statistische Bundesamt¹ die Ergebnisse der Schulstatistik für das Schuljahr 1982/83 veröffentlicht, also gewissermaßen die bundesweite Quintessenz der umfangreichen schulstatistischen Erhebungen in den Ländern². Wer mit den Schulstatistiken auf Bundesebene arbeitet, registriert zunächst mit Befriedigung, daß die beiden Hefte wieder sehr viel rascher verfügbar sind, als dies noch vor zehn Jahren der Fall war. Die Berichterstattung ist zwar nicht mehr so umfassend wie früher, aber gegenüber den Vorjahren ist das gestraffte Tabellenprogramm fast unverändert beibehalten worden, so daß es auf den ersten Blick so scheint, als könnten die Daten von Jahr zu Jahr verglichen werden.

1 STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 11, Bildung und Kultur, Reihe 1, Allgemeines Schulwesen, Stuttgart und Mainz, 1983, sowie Fachserie 11, Bildung und Kultur, Reihe 2, Berufliches Schulwesen, Stuttgart und Mainz, 1983.

2 Wir beschränken uns im folgenden auf die Darstellung des Zustandes der amtlichen, d. h. von den Statistischen Ämtern erstellten Statistik. Daß auch die statistischen Veröffentlichungen der Geschäftsstelle der Kultusministerkonferenz aktuelles, zum Teil ergänzendes Material präsentieren, sei hier nur angemerkt.

Zusammenfassende Übersichten über Schulen, Klassen, Schüler, Schulentlassene, Lehrer und erteilte Unterrichtsstunden sind den Ergebnissen für die einzelnen Schularten vorangestellt und erleichtern den Überblick und den Zeitvergleich. Die tiefer gegliederten Tabellen sind nach Schularten geordnet und erscheinen in derselben Form wie in den letzten Jahren. Für das allgemeine Schulwesen sind dies hauptsächlich Angaben über Klassen und Schüler nach Klassenstufen, Schüler nach Geburtsjahren, ausländische Schüler nach der Staatsangehörigkeit, nichtversetzte Schüler nach Klassenstufen sowie über Schulabgänger nach Abschlußarten und Klassenstufen. Im Heft über das berufliche Schulwesen gibt es zumeist Tabellen über Klassen und Schüler nach Schultypen bzw. Fachrichtungen, Schüler nach Berufen und Schuljahrgängen, Schüler nach Geburtsjahren, Schüler nach schulischer Vorbildung sowie ausländische Schüler nach der Staatsangehörigkeit. Alle Tabellen sind nach Bundesländern untergliedert.

Sieht man sich die Tabellen genauer an und liest Erläuterungen und Fußnoten, so ärgert sich der Fachmann: vollständige Ergebnisse für das gesamte Bundesgebiet sind für die Mehrzahl der Tabellen wieder nicht zustande gekommen. Einige Tabellen sind wegen fehlender Länderangaben so lückenhaft, daß sie als Statistik über die Verhältnisse im Bundesgebiet völlig unbrauchbar sind. In mancher Hinsicht hat sich der seit Jahren beklagenswerte Zustand der Schulstatistik offenbar noch verschlechtert.

Probleme gibt es bereits bei der Zusammenfassung von Statistiken nach Schularten oder Bildungsgängen, insbesondere im beruflichen Schulwesen, die in den verschiedenen Ländern unterschiedlich aufgebaut und benannt sind. (Bei den allgemeinbildenden Schulen wirkt sich immer noch das Abkommen der Kultusministerkonferenz (KMK) zur Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Schulwesens aus dem Jahre 1964 segensreich aus.) Die beigefügten Übersichten zur bundeseinheitlichen Zuordnung von institutionellen Begriffen dokumentieren die herrschende Sprachverwirrung: da gibt es Berufsgrundbildungsjahre, Berufsgrundschuljahre, Berufsvorbereitungsjahre, berufsbefähigende Jahre, Grundausbildungslehrgänge, Eingliederungslehrgänge usw. Bei den Berufsfachschulen sind nicht weniger als 27 länderspezifische institutionelle Bezeichnungen aufgeführt, und die Palette reicht von Lehrgängen zur beruflichen Förderung arbeitsloser Jugendlicher oder einjährigen berufsqualifizierenden Bildungsgängen bis zu Berufskollegs für die Erlangung der Fachhochschulreife oder höheren Handelsschulen für Abiturienten. Einerseits sind Bildungsgänge mit derselben Bezeichnung länderspezifisch unterschiedlichen Schularten zugeordnet (was sachlich durchaus gerechtfertigt sein kann), andererseits sind offenbar auch vergleichbare Einrichtungen in der Bundesstatistik unter verschiedenen Schularten zu finden (was schulorganisatorische und erhebungstechnische Gründe haben mag). Es bleibt in solchen Fällen dem Benutzer überlassen, zu beurteilen, was sich hinter den gewählten statistischen Abgrenzungen verbirgt.

Diese Probleme sind nicht neu, und sie entstehen in einem föderativ organisierten Schulwesen mit einer Vielfalt von länderspezifischen Bildungseinrichtungen fast zwangsläufig. Als Mangel ist deshalb nicht die Vielfalt zu beklagen, sondern die Tatsache, daß angesichts zunehmend heterogener und unkoordinierter Entwicklungen der Schulsysteme in den Ländern offenbar seit längerer Zeit von den politisch zuständigen Stellen überhaupt nicht mehr der Versuch gemacht wird, vertretbare einheitliche Kategorien abzugrenzen und verbindlich festzulegen.

Nun können die über Jahre hinweg durchgehaltenen willkürlichen oder sachlich problematischen Zuordnungen immerhin noch ein, wenn auch diffuses, Bild von Veränderungen im Zeitablauf vermitteln. Hingegen ist die Schulstatistik in den Fällen, in denen Länderdaten fehlen oder Aufgliederungen für einzelne Länder nicht mehr vorgenommen werden, als Bundesergebnis weitgehend unbrauchbar. Gut zwei Drittel aller veröffentlichten Tabellen weisen mittlerweile derartige Mängel auf. Dies fällt ganz besonders ins Gewicht, wenn die Daten für die größeren Flächenstaaten fehlen. Wenn beispielsweise Bremen keine Einschulungsdaten liefert, so mag ein Bundesergebnis mit Hilfe von Schätzungen noch vertretbar zu rekonstruieren sein. Wenn aber die Geburtsjahrgliederung der Schüler an den Berufsfachschulen für Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg oder an den Grund- und Hauptschulen für Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen oder an den Gymnasien für Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Baden-Württemberg fehlt, so verdienen die verstümmelten Tabellen nicht mehr die Bezeichnung Bundesergebnis.

Bildungsindikatoren wie der relative Schulbesuch der 18jährigen an Gymnasien, die in den sechziger Jahren für das Einsetzen der Bildungsreformdiskussion eine wichtige Rolle gespielt haben, können heute nicht mehr berechnet werden, weil mehr als die Hälfte der Schüler nicht mehr nach dem Geburtsjahr aufgegliedert ist. Die ohnehin auf vier magere Geburtsjahrkategorien geschrumpfte Tabelle über Abiturienten (nach Geburtsjahren) dürfte eigentlich als Bundesergebnis nicht mehr abgedruckt werden, wenn mit den Hamburger, den nordrhein-westfälischen und bayerischen Abiturienten fast zwei Drittel der Gesamtzahl nicht mehr aufgegliedert sind. Auch die vielzitierte Abiturientenquote kann damit nur noch überschlägig berechnet werden, und es ist beispielsweise nicht mehr festzustellen, wie viele Personen eines bestimmten Geburtsjahrgangs diesen Abschluß erreicht haben, wie alt sie zu diesem Zeitpunkt waren und ob dies ein höherer oder niedrigerer Prozentsatz war als für einen anderen Geburtsjahrgang.

In umfangreichen Tabellen sind die ausländischen Schüler nach der Staatsangehörigkeit aufgegliedert, aber für das Bundesgebiet kann man nicht mehr ersehen, wie viele männliche bzw. weibliche ausländische Schüler es gibt, weil für Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen bei den meisten Schularten keine Aufteilung nach dem Geschlecht vorgenommen wird. Im übrigen sind auch in vielen anderen Tabellen für einzelne Länder keine geschlechtsspezifischen Differenzierungen mehr enthalten, so daß in dieser Hinsicht in der Bundessumme allzu oft jene Punkte stehen, die statistisches Unwissen signalisieren. Dies ist sowohl in bezug auf die Ausländer als auch in bezug auf die sonst übliche Unterteilung nach Mädchen und Jungen ein fragwürdiger Akt der „Nichtdiskriminierung“, denn er verhindert Aussagen über die relative Über- bzw. Unterrepräsentation wichtiger Teilgruppen.

Wer die Fragebogen der schulstatistischen Erhebungen kennt oder gar selbst ausgefüllt hat, wird sich wundern, daß so vieles von dem, was landauf landab erfragt wird, nicht das Licht der Veröffentlichung in der Bundesstatistik erblickt. Zum Teil sind dies zweifellos Daten, die sich wegen ihres Umfangs und ihrer Nutzung durch wenige Konsumenten nicht für eine kostspielige Veröffentlichung eignen und deshalb in anderer Form zugänglich gemacht werden müssen. Aber dies ist nur ein Teil des Sachverhalts: nach Herkunft und Ziel gegliederte Daten über Zugänge, Übergänge und Abgänge von Schülern oder nach

Gründen differenzierte Statistiken über den Eintritt oder das Ausscheiden von Lehrern wären beispielsweise durchaus von allgemeinerem Interesse. Angesichts der Lücken und Mängel, die sich bereits in den veröffentlichten Tabellen finden, muß man sich aber wohl fragen, was denn noch von den übrigen nichtveröffentlichten Schulstatistiken beim Statistischen Bundesamt in einer Form vorhanden ist, die als Bundesstatistik aussagekräftig wäre.

3. Zur Analyse des unbefriedigenden Zustands

Die oben gegebene Zustandsbeschreibung legt die Frage nach den Gründen für die offensichtlichen Mängel nahe. Dazu muß man zunächst auf früher verfolgte Entwicklungsperspektiven eingehen.

In den siebziger Jahren konnte man sich noch mit dem Gedanken trösten, daß in den Ländern der Aufbau umfangreicher Schüler- und Lehrerdateien im Gange war und wegen der damit verbundenen Umstellungsprozesse zeitliche Verzögerungen und Mängel der Berichterstattung kurzfristig hinzunehmen seien. Schließlich sollten diese kostspieligen Arbeiten zur Einrichtung von Dateien den Erhebungsaufwand reduzieren und die Verfügbarkeit und Auswertungsmöglichkeit für alle Konsumenten erheblich verbessern. In der Tat hat die Modernisierung der Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren in einzelnen Ländern Vorteile für verwaltungsinterne Arbeiten – z.B. an Schüler- und Lehrerprognosen – gebracht, und manche der von Politik und Verwaltung benötigten statistischen Eckzahlen sind viel rascher verfügbar. Insgesamt aber ist die statistische Berichterstattung – zumindest auf Bundesebene – keineswegs besser geworden, weil die Lücken der Nachweisung größer geworden sind und der Umfang der statistischen Aufgliederungen abgenommen hat. Vieles von dem, was früher die Statistiker in buchhalterischer Handarbeit Jahr für Jahr zusammengestellt haben, ist heute trotz (oder vielleicht auch wegen) modernster Verarbeitungsmethoden offenbar nicht mehr möglich oder nicht mehr wichtig genug für die Dokumentation der Entwicklungen im Bildungswesen.

Wenn wir diesen Rückentwicklungsprozeß der amtlichen Schulstatistik für die Bundesrepublik erklären bzw. interpretieren wollen, so liegt zunächst die Vermutung nahe, daß Daten nicht mehr erhoben, ausgewertet, bundeseinheitlich zusammengestellt oder veröffentlicht werden, weil dafür kein Interesse mehr besteht. Aber wenn auch die zu Zeiten der Hochkonjunktur der Bildungspolitik herrschende Planungseuphorie geschwunden ist, so ist doch der Bedarf an statistischen Unterlagen für Analyse, Planung und Steuerung des Bildungswesens gegenüber den sechziger Jahren nicht zurückgegangen. In Politik, Verwaltung und Wissenschaft wird eher mehr mit Statistiken gearbeitet, und das Bedürfnis einer breiteren Öffentlichkeit nach Unterrichtung über Entwicklungen im Bildungssystem dürfte nach wie vor bestehen. Natürlich haben die Auflösung des Deutschen Bildungsrates, das Scheitern der Bildungsplanung auf Bundesebene, die Einstellung der Arbeiten an der Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes und die geringere Aktivität des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft im Schulbereich dazu geführt, daß es kaum noch bildungspolitische Initiativen auf Bundesebene gibt, die geeignet wären, die Notwendigkeit einer einheitlichen Schulstatistik mit Priorität zu

versehen. Immerhin müßte aber zumindest die Kultusministerkonferenz an Daten interessiert sein, die einen Überblick über die Entwicklungen auf gesamtstaatlicher Ebene erlauben. Es kann nicht angehen, daß in den Veröffentlichungen internationaler Organisationen in manchen Fällen statistische Daten über das Bildungswesen in der Bundesrepublik fehlen, die für viele Entwicklungsländer unter ganz anderen Bedingungen mühsam zusammengestellt werden. So fehlen im Statistischen Jahrbuch der UNESCO 1983 für die Bundesrepublik u. a. Daten über den relativen Schulbesuch und Lehrer im Primarbereich. Die OECD und das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften haben ähnliche Probleme mit der deutschen Schulstatistik. Soll man den Kultusbehörden eine absichtliche Verschlechterung der Datenlage unterstellen? Sicherlich gibt es Statistiken, die von ihnen weniger gern herausgegeben werden als andere, weil sie insbesondere im Ländervergleich als Argumente in bildungspolitischen Auseinandersetzungen genutzt worden sind. Dies betrifft z. B. manche differenzierte Angaben zur Struktur des Lehrpersonals, Statistiken über ausgefallene Unterrichtsstunden oder Schulerfolgsdaten.

So werden seit Jahren die nichtversetzten Schüler in Schleswig-Holstein in der Bundesstatistik nicht mehr nachgewiesen. Das dortige Kultusministerium akzeptiert die von den übrigen Ländern veränderten Definitionen nicht mehr, weil die Ergebnisse für das Land damit vergleichsweise ungünstig ausfallen. Dabei werden diese Daten gerade in Schleswig-Holstein besonders differenziert erhoben: die Wiederholungen auf Antrag der Eltern und nach Konferenzbeschluß werden getrennt nach Deutschen und Ausländern erfragt, so daß Analysen vorgenommen werden könnten, die für andere Bundesländer nicht möglich sind.

Der größte Teil der Lücken in der amtlichen Schulstatistik ist jedoch so unsystematisch und so bar jeder erkennbaren politischen Absicht, daß sie eher von mangelndem Interesse für länderübergreifende Belange zeugen. So fehlt die Geburtsjahrgliederung der Schüler in Baden-Württemberg nur für die Gymnasien und Fachgymnasien, in Nordrhein-Westfalen liegt sie dagegen nur für die Sonderschulen vor. In Niedersachsen sind die Schüler an beruflichen Schulen nach dem Geburtsjahr ausgewiesen, die Schüler an allgemeinbildenden Schulen hingegen nicht. Wenn man angesichts dieser Ungereimtheiten den Kultusbehörden und den statistischen Ämtern nicht Nachlässigkeit im Umgang mit den eigenen Erhebungsprogrammen attestieren will, so bleibt nur die Schlußfolgerung, daß hier organisatorische Probleme, Schwierigkeiten der Kooperation und verwaltungsinterne Sachzwänge eine Rolle spielen.

Stichhaltiger als der Verdacht politischer Steuerung scheint mir daher folgendes: Der Übergang zur automatisierten Datenverarbeitung, der je nach Land zu unterschiedlichen Zeitpunkten erfolgte und unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung tragen mußte, hat die zuständigen Verwaltungen in die Lage versetzt, spezielle Datenbeschaffungswünsche ad hoc zu bearbeiten und den Vorrat an weitergehenden laufenden Auswertungen und Veröffentlichungen einzuschränken. Man kann insbesondere gegenüber der politischen Klientel auf detaillierte Veröffentlichungstabellen verzichten, weil die vielen Daten im Prinzip auf Anfrage abrufbar sind, zumindest für die Stellen, die in der Lage sind, ihre Anforderungen zu präzisieren und die Kosten für die Auswertung zu tragen. Nun ist es zwar vernünftig, nicht solche Daten zu produzieren, die nicht benutzt werden, aber diese Entwicklung konzentriert die Statistik in starkem Maße auf die Bedürfnisse von politischen Instanzen und Verwaltungen, die jede Anforderung durchsetzen, so speziell und tagespolitisch motiviert sie auch sein mag. In welcher Weise und für welche Zwecke die veröffentlichten Daten von anderen Konsumenten genutzt werden oder welche Statistiken

von einem größeren Kreis von Interessenten genutzt würden, wenn sie verfügbar wären, darüber hat die amtliche Statistik kaum Informationen. Je stärker sich aber partikuläre Interessen der Verwaltungen und der politischen Spitzen durchsetzen, desto schlechter wird die Informationslage für die öffentliche Diskussion und die wissenschaftliche Forschung. Allerdings ist das Statistische Bundesamt als Adressat für Datenwünsche wenig geeignet, denn viel mehr, als derzeit veröffentlicht wird, kann es offenbar überhaupt nicht mehr konsistent auf Bundesebene zusammenstellen, und es kann die Länderstatistiken nur insoweit koordinieren, als die Länder freiwillig untereinander ein einheitliches Programm vereinbaren und einhalten; so will es jedenfalls die Kulturhoheit der Länder. Das Statistische Bundesamt kann in dieser Lage nur vor der Benutzung der Statistiken für ihren eigentlichen Zweck warnen. In den Bundesveröffentlichungen heißt es lakonisch: „Bei der Interpretation der Bundesergebnisse und bei Vergleichen zwischen den Ländern ist deshalb stets darauf zu achten, ob die Daten aller Länder in vergleichbarer Form vorliegen.“

Warum die Zusammenfassung der Länderdaten zu einem Bundesergebnis so schwierig geworden ist, wird deutlich, wenn man sich die schulstatistischen Fragebogen der einzelnen Länder ansieht und die völlig unterschiedliche Organisation der Papierflut bestaunt, die sich jährlich in die Schulen ergießt. Da gibt es konventionelle Fragebogen mit Tabellengliederungen, Listen mit Kopien im Durchschreibeverfahren, maschinenlesbare Belege in EDV-gerechter Aufmachung usw. Dies ist allerdings keine mutwillige Eigenbrötelei der Statistischen Landesämter, sondern liegt u. a. auch daran, daß das Frageprogramm und der Verwendungszweck der Statistik von Land zu Land außerordentlich unterschiedlich sind. Ging man früher bei der Vorbereitung der Erhebungen noch von relativ einheitlich aufgebauten Fragebogen aus, die länderspezifisch ergänzt bzw. abgewandelt und von den Statistischen Ämtern zentral aufbereitet und ausgewertet wurden, so sind heute Umfang, Inhalt und Organisation der Erhebung völlig auf die jeweiligen Erfordernisse der zuständigen Länderverwaltungen und auf die unterschiedlichen Verarbeitungssysteme abgestellt. Gerade die größeren Flächenstaaten halten sich nicht mehr an das früher einmal vereinbarte Mindestmaß an Einheitlichkeit, weil sie ihre eigenen Systeme aufgebaut haben und diese sehr viel stärker an Verwaltungsaufgaben (z. B. Schulaufsicht, Gemeindefinanzausgleich, Lehrerbeseoldung, Haushaltsplanung) orientiert sind und die Rationalisierung solcher Verwaltungsaufgaben in den Vordergrund rückt.

Ein Teil der Lücken in der bundesweiten Schulstatistik wird offenbar durch unkoordinierte Spar- und Rationalisierungsmaßnahmen geschlagen. Seit einigen Jahren wird die Statistik „bereinigt“, das heißt, verwaltungsinterne Sparkommissionen überprüfen Statistikprogramme, streichen Erhebungen und Erhebungssachverhalte, kürzen die Fragebogen und verordnen eine Neuorganisation einzelner Statistiken.

Auf Bundesebene führten diese Aktivitäten zur Verabschiedung eines 1. Statistikbereinigungsgesetzes vom März 1980, mit dem gesetzlich verankerte Statistiken wieder abgeschafft wurden. Ein zweites Bereinigungsgesetz war vor dem Regierungswechsel in Vorbereitung: Bereits 1975 hatte das Statistische Bundesamt bei der Hochschul-Informations-System-GmbH eine Studie zur Aktualisierung bildungsstatistischer Daten in Auftrag gegeben, in deren Mittelpunkt der Datenbedarf des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft stehen sollte. Offenbar erhoffte man sich davon Argumente gegen überzogene Bereinigungsversuche und für eine verbesserte Koordination der Länder. Von den Empfehlungen des Gutachtens sind jedoch im wesentlichen nur die Vorschläge zu einer Straffung des eigenen Veröffentlichungsprogramms realisiert worden.

Dieser Prozeß ist an den Stellen durchaus sinnvoll für die Weiterentwicklung der Statistik, wo überflüssig gewordene Befragungen über längere Zeit weitergeschleppt werden und damit der Spielraum für Anpassungen an neue Fragestellungen und Methoden vertan wird. Früher ist diese Aufgabe meist von den Statistikern selbst nach fachlichen Kriterien mehr oder weniger gut wahrgenommen worden. Inzwischen aber scheint der Druck zu einer Straffung des Programms eher von außen zu kommen und nach Kriterien zu erfolgen, die keineswegs an der langfristigen systematischen Weiterentwicklung der Statistik orientiert sind.

Da diese Vorgänge in den Ländern in unterschiedlicher Weise, zu unterschiedlichen Zeitpunkten und mit unterschiedlicher Zielrichtung, also anscheinend völlig ohne Koordination ablaufen, müssen die Anforderungen der Bundesstatistik, die offenbar kein wichtiges Kriterium für die Entscheidungsfindung mehr darstellen, ganz besonders vernachlässigt werden.

So haben sich zum Beispiel in Baden-Württemberg, das früher in vieler Hinsicht mit Recht als Musterland für eine gut ausgebaute Schulstatistik galt, gleich zwei verschiedene „Bereinigungskommissionen“ mit der Schulstatistik befaßt. Ein Ausschuß von Vertretern des Staatsministeriums, des Wirtschaftsministeriums, des Innenministeriums und des jeweils betroffenen Ressorts (in diesem Falle das Finanzministerium) hat im Rahmen einer generellen Überprüfung der Statistik gekürzt, und durch eine vom Kultusministerium initiierte Statistikbereinigung mit dem Ziel der „Bürgernähe in der Verwaltung“ bzw. des „Verwaltungsfreiraums an den Schulen“ wurden die Schulstatistiken nochmals im Detail überprüft und umorganisiert. Die als Verwaltungsvereinfachung und als Einsparung propagierten Ergebnisse dieser Aktivitäten sind geeignet, Zweifel am statistischen Sachverstand der Beteiligten zu wecken, wenn man sie an Kriterien von Aufwand und Ertrag mißt.

Für die Kontinuität der statistischen Berichterstattung, die im System der amtlichen Statistik eine notwendige Bedingung für den reibungslosen Ablauf der Arbeiten ist, führen solche ad hoc beschlossenen Maßnahmen zu schwer reparablen Schäden.

Bei der Vereinbarung bundeseinheitlicher Programme für die Schulstatistik spielte früher die Kultusministerkonferenz (KMK) eine wichtige Rolle. Mit ihren Beschlüssen und Erklärungen hat sie wesentliche Akzente gesetzt, und die statistischen Ämter haben sich in den sechziger Jahren sehr bemüht, durch gegenseitige Abstimmung der Programme diesen Anforderungen Rechnung zu tragen. Immer wieder hat die KMK betont, daß wegen der Kulturhoheit der Länder die Bundesstatistik im Schulbereich im Auftrag der KMK erstellt werde. Es sieht so aus, als funktioniere diese Zusammenarbeit nicht mehr so gut wie früher, als seien die Beschlüsse und Empfehlungen der KMK – sofern solche überhaupt zustande kommen – für die Länder nicht mehr verbindlich. Neuere Anstrengungen zur Weiterentwicklung der Schulstatistik sind in den letzten Jahren entweder nicht unternommen oder jedenfalls nicht durchgesetzt worden. Die letzte derartige Initiative datiert aus dem Jahre 1974, als der Abschluß eines Länderabkommens zur Kooperation und Rationalisierung in der Datengewinnung und -auswertung zur Debatte stand. Hintergrund dieser Länderaktivitäten war die Befürchtung, daß der Bund nach dem Muster des Hochschulstatistikgesetzes auch ein Schulstatistikgesetz ausarbeiten könnte. Der vorgelegte Entwurf eines gemeinsamen Datenkatalogs der Kultusministerien geriet sofort in die Mühlen aller mehr oder weniger zuständigen Länderministerien aus allen möglichen Ressorts, die in den einzelnen Ländern aus irgendwelchen Gründen Beteiligungsrechte hatten. So lehnte die vorgesetzte Aufsichtsbehörde des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg – nämlich das Finanzministerium – das Abkommen strikt ab,

weil es Erweiterungen im Bereich der beruflichen Bildung und der Weiterbildung vorsah und das Land gerade im Bundesrat eine Initiative zur Einschränkung der Statistik gestartet hatte. Andere Einwände kamen von jenen Ressorts in den Ländern, die beteiligt wurden, beteiligt werden sollten, übergangen worden waren usw. Man setzte also gemischte Kommissionen, Ausschüsse und Unterausschüsse ein, die bis 1978 in zahlreichen Sitzungen die notwendige allseitige Abstimmung herbeizuführen versuchten. Und dann verzichtete man weise auf den letzten Teil der Reise: nachdem keine Bundesinitiative mehr drohte, brauchte man auch kein Abkommen mehr zu schließen.

Dafür erarbeitete die KMK 1981 einen Beschluß, die noch bundeseinheitlich verfügbaren Restprogramme der Schulstatistik zu erhalten und zu prüfen, ob man ohne Erweiterung der Statistik einige der Anforderungen der internationalen Organisationen erfüllen könne (Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur Sicherstellung eines einheitlichen Aufkommens schulstatistischer Daten für überregionale Zwecke. Beschluß vom 30. 10. 1981). Diesem Dokument war ein langer Katalog der seit 1971 entfallenen Statistiken und statistischen Aufgliederungen beigegeben und ein viel kürzerer Ist-Katalog der in den meisten Ländern noch erhobenen Daten. Diese resignative Bilanz der KMK und das Fehlen jeglicher verbindlicher Initiative dieses wichtigen Koordinationsgremiums bestätigen Mängel des föderativen Systems deutlicher, als dies die frühere Bundesregierung in ihrem von Länderseite so stark kritisierten Föderalismusbericht³ festgehalten hat. Gerade wenn man die unbestreitbaren Vorzüge der Länderhoheit im Kultusbereich schätzt und ein zentralistisch organisiertes Schulsystem ablehnt, dann sollte man sich vor dem Zentralismus auf Länderebene und erst recht vor starrsinnig durchgesetzten Partikularinteressen einzelner Bürokratien hüten, die unter der Flagge des Föderalismus die notwendige Abstimmung der Länder und das berechtigte Informationsbedürfnis einer bundesweiten Öffentlichkeit sabotieren und damit den Sinn dieser grundgesetzlichen Regelung *ad absurdum* führen.

4. Die Weiterentwicklung der Schulstatistik ist notwendig und möglich

Was die Auszehrung der bundesweiten Schulstatistik noch bedenklicher macht als die vorgenommenen Kürzungen, ist der Mangel an jeglicher Initiative zu ihrer koordinierten Anpassung an neue Fragestellungen. Erst der seit langer Zeit benötigte gesonderte Nachweis der Daten für Grundschulen und Hauptschulen würde z. B. die Möglichkeit eröffnen, die Statistik nach Primarbereich und Sekundarbereich zu gliedern und damit internationalen Standards zu entsprechen. Aus dem gleichen Grund und wegen der Unterschiede in der Organisation des Unterrichts wäre es zumindest seit der Oberstufenreform notwendig, die Daten für die gymnasiale Oberstufe gesondert auszuweisen. Die Statistiken über ausländische Schüler hätten schon seit langem ausgebaut werden müssen, um durch Verteilungen nach Alter und Klassenstufen sowie durch Angaben über Abgänger nach erreichten Schulabschlüssen die Situation für diese Teilpopulation laufend beobachten zu können. Gerade in der gegenwärtigen Situation wäre es außerordentlich

3 BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND WISSENSCHAFT: Bericht der Bundesregierung über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems, Schriftenreihe Bildung und Wissenschaft 13, Bonn 1978.

wichtig, differenzierte Angaben über Jugendliche in der betrieblichen Ausbildung, über arbeitslose Jugendliche und über die Situation der ausländischen Jugendlichen in bezug auf die berufliche Ausbildung zu erhalten. Hierbei könnten im Rahmen der Berufsschulstatistik ohne erheblichen zusätzlichen Aufwand Daten bereitgestellt werden, die derzeit auf andere Weise nicht zu bekommen sind. Die verschlungenen Wege der Schüler durch das zunehmend durch formalisierte Abschlüsse differenzierte Bildungssystem sind auf Bundesebene trotz der aufwendigen Zu- und Abgangsstatistiken nicht mehr darstellbar, weil wichtige Teilinformationen fehlen. Die Liste möglicher Weiterentwicklungen der Schulstatistik ließe sich noch um viele Punkte erweitern: keiner davon ist bei der Bereinigung der Statistik zum Zuge gekommen, die ja wohl nicht nur der Kürzung, sondern auch der Verbesserung der Statistik zu dienen hätte.

Daß solche Verbesserungen durchaus möglich sind, zeigt die Durchsicht der Erhebungsbogen der verschiedenen Länder für das Schuljahr 1982/83. Schon seit den sechziger Jahren werden für Zwecke der Bildungsplanung und für zahlreiche Forschungsvorhaben Informationen über Entwicklungen der Schulstufen benötigt, damit man beispielsweise Vergleiche zwischen den verschiedenen Einrichtungen in der Sekundarstufe I vornehmen kann. Auf Bundesebene sind diese Unterlagen für viele Sachverhalte derzeit nicht zu erhalten, aber die Länder nehmen die Trennung nach Stufen längst vor. So werden die Daten für Grundschulen und für Hauptschulen in mehr als der Hälfte der Länder getrennt erhoben, und die übrigen Länder könnten über die Unterteilung nach Klassenstufen die wichtigsten Tabellen auch in dieser Weise aufgliedern. Die meisten Länder haben eigene Erhebungsbogen für die gymnasiale Oberstufe, und einige Länder können die Daten für diesen Teil des Gymnasiums bereits heute getrennt ausweisen.

Probleme der schulischen Versorgung der Ausländer-Kinder beschäftigen derzeit zahlreiche Politiker, Bildungsplaner und Bildungsforscher unter einer Vielzahl von Aspekten. Dabei geht es u. a. um die Frage der Einrichtung besonderer Ausländerklassen und die Erteilung muttersprachlichen Unterrichts, um die Abschätzung des Erfolgs bildungspolitischer Maßnahmen zur Integration, um die Einschätzung der Auswirkungen von Veränderungen in der Struktur der ausländischen Schülerpopulation nach Nationalität und Aufenthaltsdauer, um den Schulerfolg und die Schulwahl nach der Grundschule usw. Daß dazu in den Ländern vielfältiges Material erhoben wird, zeigen die statistischen Erhebungsbogen in den Ländern. Ein Teil der Länder erhebt die Zahl der Nichtversetzten getrennt nach Deutschen und Ausländern, und die meisten verfügen zumindest bei den Hauptschulen über Angaben zur Zahl der ausländischen Abgänger mit bzw. ohne Abschluß. Zum Teil sind diese Angaben nach den stark besetzten Staatsangehörigkeitsgruppen aufgegliedert. In Schleswig-Holstein werden die ausländischen Schulabgänger ohne Hauptschulabschluß nach der Staatsangehörigkeit und der Zahl der Schulbesuchsjahre in der Bundesrepublik aufgegliedert, so daß man überprüfen kann, in welchem Ausmaß der Schulmißerfolg auf späten Einstieg in das deutsche Schulsystem zurückzuführen ist und ob es darüber hinaus nationalitätenspezifische Unterschiede der Eingliederung gibt. Für eine Reihe von Ländern gibt es im Rahmen der Berufsschulstatistik Daten über die Zahl der ausländischen Schüler mit bzw. ohne Lehrvertrag und über die arbeitslosen ausländischen Schüler, womit man die Versorgung der ausländischen Jugendlichen mit Lehrstellen und das Ausmaß der Jugendarbeitslosigkeit unter den Ausländern abschätzen kann. Rheinland-Pfalz verwendet bei den Erhebungen einen Klassenbogen, in dem für

jeden Schüler Schulstufe, Geschlecht, Geburtsjahr und Staatsangehörigkeit eingetragen werden, so daß man tief gegliederte Tabellen für ausländische Schüler zusammenstellen kann, die es in dieser Form für andere Bundesländer nicht gibt. Einige Länder verfügen über Angaben zur Organisation des Unterrichts für ausländische Schüler, insbesondere über Vorbereitungsklassen, Eingliederungsklassen, reine Ausländerklassen und über die Erteilung muttersprachlichen Unterrichts für ausländische Schüler, alles Maßnahmen, deren Auswirkungen bildungspolitisch nicht nur auf Länderebene höchst relevant sind.

Kurz, das hier an einem Beispiel erläuterte Potential an Weiterentwicklungsmöglichkeiten der Schulstatistik zeigt, daß die amtliche Statistik durchaus auf neue Anforderungen reagieren kann. Um so mißlicher ist es, daß es an Abstimmungen über das im gemeinsamen Interesse Erforderliche zwischen den Ländern gänzlich fehlt. Dabei ist es keineswegs notwendig, alle interessanten Daten jährlich zu erheben. Man müßte – wie dies in früheren Jahren einmal der Fall war – rechtzeitig vor den jährlichen Erhebungen feststellen, welche Sachverhalte in den Ländern in Ergänzung zu den einheitlich verfolgten Minimalprogrammen erfragt werden sollen und jeweils gemeinsame Schwerpunkte zusätzlicher Aktivität verbindlich vereinbaren. Dies wäre ein Beitrag zur Stärkung föderalistischer Strukturen, die wohl nur dann funktionieren, wenn die Beteiligten in der Lage sind, auch partikulare Interessen und Eigenheiten in positiver Weise für die Entwicklung auf gesamtstaatlicher Ebene fruchtbar zu machen.

Anschrift des Autors:

Dr. Helmut Köhler, Bergengruenstr. 17–19, 1000 Berlin 38